

Zur Rolle von interessengeleiteter Wissenschaft in der politischen Debatte

Interessierte Wahrheit als Argument?

Beratung muss auch Werturteile einbeziehen. Die ökologisch orientierten Forschungsinstitute verzichten öffentlich auf den Anspruch, die einzige wissenschaftliche Wahrheit zu präsentieren. Damit verlieren sie aber nicht an Überzeugungskraft, sondern gewinnen Glaubwürdigkeit.

Von Jochen Roose

In einer Demokratie ist jede politische Entscheidung begründungsbedürftig, um Akzeptanz zu finden und die eigenen Wahlchancen für die nächste anstehende Wahl zu verbessern. Die Regierung muss fortwährend deutlich machen, dass sie gut begründete Entscheidungen trifft, die Opposition stellt genau dies in Frage. Aus dieser wohlbekannten Konstellation ergibt sich für die Regierungsarbeit ein enormer Bedarf an guten Argumenten und richtigen Einschätzungen. Nur so können tatsächlich sinnvolle Entscheidungen zustande kommen und öffentlich begründet werden.

Wissenschaftliche Beratung ist im ständigen Wechsel von Entscheidung und Begründung von großer Bedeutung und zunehmend wichtiger geworden. Weingart spricht von der „Verwissenschaftlichung der Politik“ (2001: 151). Es ist die scheinbar interessenlose Wahrheit von wissenschaftlichen Befunden, die in der politischen Debatte das Wahlvolk überzeugen soll.

Daher ist es umso überraschender, dass im Bereich der Umweltpolitik eine Reihe von Forschungsinstituten explizit auf ihre vermeintliche Interessenlosigkeit verzichten und sich für Umweltbelange stark machen. Sie verzichten auf die so überzeugende Interessenlosigkeit der Wissenschaft. Welche Rolle die ökologischen Forschungsinstitute in der Politikberatung spielen können, soll hier näher diskutiert werden (1).

Ökologische Forschungsinstitute als besondere Politikberater

Wie in anderen Bereichen auch gibt es in der Umweltpolitik eine ganze Reihe von Instituten, die Politiker mit wissenschaftlichen Erkenntnissen versorgen. Dazu muss das verfügbare Wissen zusammengetragen und für Problemlösungen aufbereitet werden. Die Expertise geht also über die Bereitstellung von wissenschaftlichen Befunden hinaus. Sie beurteilt den Wissensstand, zieht Schlussfolgerungen und präsentiert Handlungsoptionen.

Die Experten sind im Umweltbereich, wie in anderen Politikbereichen auch, an Universitäten, Fachhochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu finden. In der Umweltpolitik gibt es aber zudem eine Reihe von Instituten, die sich nicht nahtlos in dieses klassische Feld von Wissenschaftsinstitutionen einordnen lassen: die unabhängigen ökologischen Forschungsinstitute.

Im Laufe der 1970er Jahre wurden in Deutschland eine Reihe von ökologischen Forschungsinstituten gegründet. Sie entstanden mit engen Bindungen an die Umweltbewegung. Hintergrund war die Ansicht, dass in der sonstigen, vor allem universitären Wissenschaft Umweltbelange und Risikobeurteilungen nicht angemessen berücksichtigt werden. Kritikwürdig erschien nicht allein die Auswahl der Themenstellungen, sondern auch die Art ihrer Bearbeitung. Insbesondere der Forschung zu Nukleartechnik wurde eine unkritische Parteinahme für die Atomindustrie vorgeworfen. Dies wurde aber nur als Spitze eines Eisbergs von Forschung angesehen, die von Wirtschaftsinteressen abhängig und durch diese beeinflusst ist. Die Gründungserklärung des Öko-Instituts dokumentiert die Argumentation recht klar (Roose 2002).

Das Öko-Institut ist das älteste und größte dieser Institute mit Standorten in Freiburg/Breisgau, Darmstadt und Berlin. Zu den frühen Gründungen gehören auch das Katalyse-Institut in Köln oder das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) (Guggenheim 2005, Roose 2002). Die Institute finanzieren sich weitgehend über Auftragsforschung, verfügen aber zum Teil über Fördermitglieder, die vor allem in der Frühphase erheblich zur Finanzierung beigetragen haben. Gemeinsam ist ihnen nicht nur die Nähe zur Umweltbewegung, ihre thematische Konzentration auf das Umweltthema sowie die interdisziplinäre und anwendungsorientierte Forschung. Spezifisch sind zudem ihre Arbeitsweise, nämlich eine interessenorientierte Politikberatung. Die Institute stellen in ihren Experten bewusst keine neutrale Beurteilung der Situation bereit, sondern analysieren und urteilen aus einer ökologischen Sicht.

Überzeugungskraft und Grenzen von Expertise

Das Argument der Unhintergebarkeit von wahren Tatsachen, die wissenschaftlichen Befunden zugrunde liegen, müssen die ökologischen Forschungsinstitute notwendig aufgeben. Sie reklamieren für sich eine bestimmte Interessenausrichtung. Damit eignen sich ihre Ergebnisse gerade nicht mehr zur Bestimmung von faktischen Möglichkeiten jenseits jeder Interessenlage. Für die Politik, die auf eine solche Beratung zurückgreift, geht

damit ein wesentliches Argument in der öffentlichen Debatte verloren. Nur die unbestreitbare Wahrheit wissenschaftlicher Befunde kann von weiterem Begründungsbedarf befreien. Wo es keine Alternative gibt, kann nicht anders gehandelt werden. Insofern sind in der öffentlichen Debatte solche Experten im Vorteil, die für sich glaubhaft reklamieren können, nicht eine interessengefärbte Meinung, sondern die eine, richtige Wahrheit zu vertreten. Wer darauf verzichtet, müsste im Nachteil sein.

Die ökologischen Forschungsinstitute haben von Beginn an argumentiert, dass Wissenschaft immer interessenbezogen sei. In der Wissenschaftssoziologie wird diese These zwar nicht einmütig geteilt (vgl. Weingart 2001) (2), gleichwohl hat Saretzki (1997) für den Fall der Expertise, also der anwendungsnahen Politikberatung, wie sie bei den ökologischen Forschungsinstituten im Vordergrund steht, dargestellt, dass normative Urteile notwendig in die Politikberatung eingehen.

Die Identifikation von Problemen setzt nicht nur voraus, dass Sachverhalte festgestellt werden können, sondern es muss zudem eine bearbeitungsbedürftige Abweichung von einem Soll-Zustand sein. Dies ist eine Wertfrage, die wissenschaftlich nicht zu klären ist (normative Grenze). Aufgrund der disziplinären Grenze sind Wissenschaftler nur in der Lage, für ihr jeweiliges Fachgebiet zu sprechen, während konkrete Probleme meist mehrere Disziplinen betreffen. Welche Disziplinen eingebunden werden müssen, ist aber wiederum durch Wertentscheidungen mit beeinflusst. Die epistemische Grenze bezeichnet, was derzeit gewusst wird und welche Fragen bisher wissenschaftlich offen sind. Die Beurteilung, wie verlässlich vorliegende Ergebnisse sind, ist wiederum eine normative. Schließlich bezeichnet die Fokussierungsgrenze die Schwerpunktsetzungen und die Auswahl von Untersuchungsaspekten bei der Bearbeitung eines Themas.

Alle Grenzen ergeben sich aus der notwendig begrenzten Kompetenz von wissenschaftlichen Experten. Ihre Überschreitung bedeutet jeweils, die strenge Wissenschaftlichkeit zu verlassen und werthaltige, wissenschaftlich nicht begründbare Urteile einfließen zu lassen. Ein Experte kann aber nicht darauf verzichten, diese Grenzen zu überschreiten, will er konkrete Problemanalysen und Lösungsvorschläge unterbreiten (3).

Die Überzeugungskraft interessengestützter Expertise

Üblicherweise bleiben die Grenzüberschreitungen der Expertise implizit. Dies kann vielfältige, durchaus legitime Gründe haben. So mögen Wertentscheidungen trivial oder durch den Beratungsauftrag ausreichend klar vorgegeben sein. In anderen Fällen werden aber weitreichende Entscheidungen notwendig sein. Typische Beispiele sind die Bestimmung von noch akzeptablen Niveaus der Gesundheitsbelastung oder eines Restrisikos. Experten, die zu entsprechenden Fragen Vorschläge formulieren sollen, können sich nicht darauf beschränken, relevante wissenschaftliche Erkenntnisse zu referieren. Sollen ihre Vorschläge ausreichend konkret sein, müssen sie Entscheidungen treffen, nach welchen Kriterien auch immer.

„Die ökologischen Forschungsinstitute haben von Beginn an argumentiert, dass Wissenschaft immer interessenbezogen sei.“

Die ökologischen Forschungsinstitute zeichnen sich nun dadurch aus, dass sie die einfließenden Interessen und Werturteile explizit machen. Mit dem expliziten Bekenntnis für eine ökologische Ausrichtung wird deutlich, dass Umweltschutz als wesentliches Argument in die Erwägungen einfließt. Diese Parteinahme für die Umwelt ist wohlgermerkt explizit und öffentlich, oft weist bereits der Name des Instituts darauf hin. An welchen Stellen der Expertise wertende Entscheidungen jenseits der reinen Wissenschaftlichkeit getroffen wurden, bleibt zwar für den Laien unklar. Doch für jeden ist erkennbar, in welche Richtung die Bewertungen im Zweifelsfall gegangen sind.

Für Auftraggeber von Politikberatung ist Expertise von explizit und bekanntermaßen interessengeleiteten Instituten wie den ökologischen Forschungsinstituten aus zwei Gründen interessant. Zum einen gilt für Auftraggeber wie für alle übrigen Laien, dass sie auf die Qualität der Beratung angewiesen sind. Dies betrifft nicht allein die umfassenden wissenschaftlichen Kenntnisse des Experten, sondern auch die Art der von ihm eingebrachten Wertungen. Entsprechend dürften Auftraggeber interessiert sein an Expertise, bei der die eingehenden Werte den eigenen Vorstellungen entsprechen. Für eine ökologisch orientierte Politik ist genau dies bei den ökologischen Forschungsinstituten zuverlässig erwartbar.

Auf den ersten Blick wird diese Passung der Werte von Auftraggeber und Experte teuer erkaufte. Expertise, die nicht als objektive Wahrheit, sondern als interessengestützte Einschätzung auftritt, dürfte in der öffentlichen politischen Debatte kaum überzeugen. Doch auch diese Überlegung gilt es zu revidieren. Die Orientierung an Umweltschutzinteressen muss nicht notwendig zu geringerer Glaubwürdigkeit führen. Im Gegenteil wird eine Öffentlichkeit, die ebenfalls Umweltschutz als erstrebenswert ansieht, der Expertise eines ökologischen Forschungsinstituts größere Glaubwürdigkeit zubilligen.

Glaubwürdigkeit in umstrittenen Politikfeldern

Die Überlegungen sind sicherlich nicht in allen Politikbereichen gleich relevant. Zu vielen Themen gibt es recht einheitliche Einschätzungen in der Wissenschaft, und die in eine Expertise eingehenden normativen Entscheidungen sind möglicherweise so nahe liegend, dass fast beliebige Experten →

zum selben Urteil kämen. Doch gerade im Bereich der Umweltpolitik gibt es vielfältige Beispiele, in denen die Einschätzung von wissenschaftlichen Ergebnissen und die daraus zu ziehenden Schlüsse sehr unterschiedlich ausfallen. Es ist kein Zufall, dass sich die unabhängigen Forschungsinstitute gerade zur Umwelt- und Risikothematik gegründet haben. In diesen hoch umstrittenen Politikbereichen ist das Vertrauen in Expertise prekär. Wer mit wissenschaftlichen Argumenten in einem Ausschnitt der Öffentlichkeit, für den Umweltschutz ein zentrales Ziel ist, überzeugen möchte, kann mit einem „Gütesiegel“ der ökologischen Forschungsinstitute erheblich besser punkten.

Die unabhängigen ökologischen Forschungsinstitute haben mit ihrer frühen thematischen Fokussierung auf Themen des Umweltschutzes sowie ihrem interdisziplinären und anwendungsbezogenen Ansatz eine Nische im Wissenschaftsfeld besetzt (Luhmann 1999). Erstaunlich ist aber zunächst, wie es ihnen gelingen konnte, unter Verzicht auf einen absoluten Wahrheitsanspruch dennoch als Politikberater Fuß zu fassen. Verständlich wird dies durch die besonders strittige Deutung von wissenschaftlichen Ergebnissen in den Politikfeldern, in welchen die Institute aktiv sind. Hier reicht nicht allein der Ausweis von Wissenschaftlichkeit, sondern die Deutungsabhängigkeit der Expertise ist in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Für diese umstrittenen politischen Fragen kann eine sichtbar interessengeleitete Expertise in vielen Fällen eher überzeugen als die (scheinbare) wissenschaftliche Neutralität.

Literatur

- Guggenheim, M.: *Organisierte Umwelt. Umweltdienstleistungsfirmen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik*. Bielefeld 2005.
- Luhmann, H.-J.: *Umweltpolitikberatung in Deutschland. Warum waren die 'Umweltinstitute' erfolgreich?* In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 12,3, 1999, S. 49–53.

- Roose, J.: *Made by Öko-Institut. Wissenschaft in einer bewegten Umwelt*. Freiburg/Breisgau 2002. Download: www.oeko.de/forschung.php.
- Roose, J.: *Lobby durch Wissenschaft. Umweltverbände und ökologische Forschungsinstitute im Vergleich*. In: *OJEPS* 1/2006. Download: http://web.fu-berlin.de/ffu/akumwelt/download/OJEPS_01_Roose.pdf.
- Saretzki, T.: *Demokratisierung von Expertise? Zur politischen Dynamik der Wissensgesellschaft*. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Baden-Baden 1997, S. 277–313.
- Weingart, P.: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist 2001.

Anmerkungen

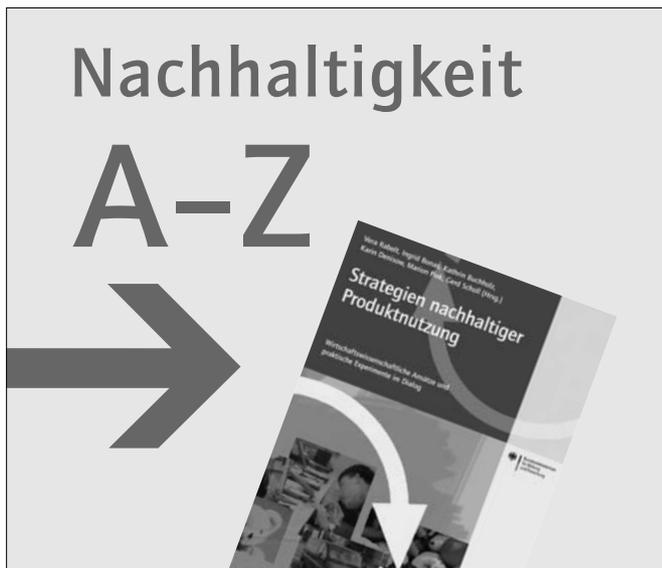
- (1) Grundlegende Gedanken zu diesem Beitrag stammen aus einem Artikel, der im Online Journal for Environmental Policy Studies (OJEPS) erschienen ist (Roose 2006).
- (2) Genau genommen ist umstritten, ob das Vorgehen zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnis wertfrei sein kann. Die Auswahl von Forschungsfragen und die Verwendung der Ergebnisse sind ohnehin außerwissenschaftliche, normative Entscheidungen.
- (3) Man sollte sich klar machen, dass es zu den Urteilen der Experten selbst keine realistische Alternative gibt. Theoretisch bestünde zwar die Möglichkeit, jeweils die Überschreitung der genannten Grenzen explizit zu machen, doch damit die Beratenen das Urteil in seiner Konsequenz wirklich nachvollziehen können, müssten sie selbst zu Experten werden.

AUTOR + KONTAKT

Dr. Jochen Roose ist wissenschaftlicher Assistent am soziologischen Institut der Freien Universität Berlin und arbeitet zu Umweltsociologie und Europa.



Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie,
Garystraße 55, 14195 Berlin.
E-Mail: jroose@zedat.fu-berlin.de



P wie Produktnutzung

Die intensivere Nutzung von Konsumgütern ist eine wichtige Strategie zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung. Durch Gemeinschaftsnutzung, Vermietung und Wiederverwendung werden Ressourcen geschont und Abfälle vermieden. Doch sind diese Ansätze wirtschaftlich tragfähig und von den Verbrauchern akzeptiert? Die Autor(inn)en zeigen, wie nachhaltige Nutzungsstrategien ein Gewinn für die Umgestaltung Deutschlands werden können.

V. Rabelt, I. Bonas, K. Buchholz, K. Denisow, M. Piek, G. Scholl (Hrsg.)
Strategien nachhaltiger Produktnutzung
Wirtschaftswissenschaftliche Ansätze und praktische Experimente im Dialog
oekom verlag, München 2005, 114 Seiten, 24,80 EUR, ISBN 3-936581-84-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@rhenus.de
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft



(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.